

Leserbrief 15.11.2011 Braunschweiger Zeitung

„Das Betreuungsgeld auf das Wort „Herdprämie“ zu reduzieren wirkt menschenverachtend und zutiefst kinderfeindlich. Dieser minimale Geldbetrag könnte eine kleine politische Revolution gegen den Mainstream, aber 100 % im Sinne eines Säuglings sein. Ist die berufliche Karriere eines Menschen wirklich so wichtig? Die Gläubigkeit in die staatliche Ganztagskinderbetreuung ist aufgrund ihres desolaten Zustandes in Frage zu stellen. Die Debatte immer wieder auf frauenpolitische Anliegen zu reduzieren wird dem komplexen familienpolitischen Ansatz nicht gerecht. Im Gegenteil steht der frauenpolitische Ansatz dem kinderpolitischen und väterpolitischen Anliegen im Wege. In Anbetracht der europaweit geringsten Geburtenrate, die vielleicht auch Ausdruck von Kinderfeindlichkeit genannt werden kann, wäre die Forderung nach 1.000 Euro pro Lebensmonat eines Säuglings diskutabel! Das würde nicht einmal den derzeitigen Realkosten eines staatlichen Betreuungsplatzes entsprechen.“

Kommentar für meinen Blog:

Wieder gelingt es nicht die Diskussion zum Betreuungsgeld für Eltern ideologiefrei und sachlich zu führen. Reflexartig und stereotyp wird stattdessen argumentiert. Hier machen sich frauenrechtlerische Meinungsmonopolisten zum Sprachrohr für junge Eltern und Kinder. Das ist verdächtig, weil Frauenrechte eben Lobbyarbeit für Frauen zum Vorteil von Frauen ist. Kinderrechte und Anliegen von Vätern werden dabei weitgehend außer Acht gelassen.

Wer Familienarbeit wirklich wertschätzt und sie gleichberechtigt neben die Berufstätigkeit stellen will, der kommt in einer von Geld geprägten Gesellschaft nicht umhin, ihren Wert in Euros auszudrücken. Der Berufsverband der Haushaltsführenden, früher Deutscher Hausfrauenbund, fordert schon seit langem Haus- und Familienarbeit „zu bezahlen“. Es wird Zeit die Abwertung dieser gesellschaftlich nachhaltigen Tätigkeiten in der Familie und für Kinder endlich zu stoppen!

Kinderbetreuungsplätze auch für unter 3-jährige auszubauen, so die ideologischen Frauenlobbyisten, würde die Wahlfreiheit stärken. Das kann man auch bezweifeln. Ist es denn noch Wahlfreiheit, wenn der Arbeitsmarkt nach Frauen giert, um sie ebenso durch die Mangel zu nehmen, wie es mit der Manneskraft bereits Jahrhunderte geschieht? Welche gesellschaftliche Vision entwickeln wir, wenn sich Familienleben auf das Wecken und ins Bett bringen von Kindern beschränken soll? Wir opfern unsere Kinder freiwillig staatlicher Willkür, warum?

Der Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung setzt junge Eltern auch unter Druck, bereits nach wenigen Wochen oder Monaten den täglichen Umgang mit dem Kind abubrechen und Haus- und Familienarbeit reflexartig abzuwerten. Wir propagieren Vielfalt und bescheinigen uns selbst Vorurteilsfrei zu sein, dabei werfen wir Eltern, die sich umfänglich um ihre Kinder kümmern wollen Rückwärtsgewandtheit vor. Paradox!

100 Euro für die Betreuung eines Kindes sind ein Tropfen auf dem heißen Stein und werden dem menschlichen Anliegen von Elternschaft in keinsten Weise gerecht. Die monatlichen Realkosten der staatlichen Kinderbetreuung eines Kindes liegen um ein vielfaches höher.

Doch, wenn 100 Euro helfen, dass Eltern die Bindung zum Kind über einen längeren Zeitraum als wenige Lebenswochen stabilisieren möchten, dann ist das ein unschlagbares, weil kinderfreundliches Angebot. Ganz gegen den derzeitigen Mainstream, aber völlig im Sinne der Kinder.